

Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiffe
Tagesblatt Rieser,
Herrnstr. Nr. 20,
Westsch. Nr. 22

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Cochepohn, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Hofschloß
Dresden 1534
Westsch.
Rieser Nr. 22

Nr. 87.

Sonnabend, 12. April 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; gestraubter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Anzeigenbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die Entscheidung auf des Messers Schneide.

Der entscheidende Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Letzte Stunde?

Was sagte man Donnerstag im Reichstage? Morgen, also Freitag, fällt die Entscheidung. Man wünscht sie und fürchtet sie. Frage nur, wer sie wünscht und wer sie fürchtet. Angeblich soll die Regierung keine Befürchtungen haben. Gestern wurde im Reichstage wieder das wahre Gesicht, wie man behauptete, kolportiert, die Regierung hätte neuerdings mit dem Artikel 48 und der Reichstagsauflösung gedroht. Andererseits hatten aber wohl jene nicht unrecht, die die Ansicht vertraten, die Regierung habe Angst vor der eigenen Courage. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß Roland Bauer vor einigen Tagen in einer Kabinettsitzung "feierlich" erklärte, die Regierung halte auf alle Fälle an einer Biersteuererhöhung von 75 Prozent fest. Die Regierung hat sich hinter Roland Bauer gestellt. Folglich dürfte es kein Handeln geben. Die Bayerische Volkspartei muß aber die Regierung anders einschätzen, denn trotz dieser Erklärung und obwohl sie nicht daran denkt, die Regierung zu stürzen, verlangte sie eine weitere Herabsetzung der Biersteuer. Sie bot 30 Prozent. Und sie hat sich nicht getraut. Die Regierung verwarf nicht auf ihrem Beschluß. Sie gab nach und erklärte wiederum "feierlich", daß sie mit 50 Prozent Erhöhung der Biersteuer einverstanden sei. Schon damit sei das Programm zerfallen und werde künftig durch die Erhöhung der Umsatzsteuer aufrecht erhalten. Die Bayern bleiben bei 30 Prozent, die Regierungsparteien bleiben 40 Prozent und vermitteln und verlangen von der Regierung, sie solle zum dritten Male ihre letzte Ansicht wechseln. Schließlich wird die Bayerische Volkspartei nachgeben. Sie hat viel erreicht. Man hätte gestern also ruhig zur Abstimmung schreiten sollen. Aber es ist ja die Biersteuer nicht allein, die Schwierigkeiten bereitet. Man kann sich über die Verbindung der Agrarvorlage mit der Finanzsanierung nicht einigen. Die Deutschnationalen sind so lange unsicher und auch die Partei des Herrn Treviranus drohte aus der Reihe zu tanzen. Also tat man das, was immer hilft, man hat die gestrige Sitzung des Reichstages abgedroschen und hat die Entscheidung wieder vertagt. Der handelspolitische Ausschuss soll sich mit dem Fragenkomplex noch einmal befassen, er soll versuchen, eine Verständigung herbeizuführen. Er soll die Mehrheit suchen helfen.

Inzwischen ist ja die Stellung der Industrie gegen das Agrarprogramm bekannt geworden. Herr Kästl war selbst im Reichstage erschienen und hat mit Volksparteilern verhandelt. Was läßt sich denken? Jedenfalls spricht man davon, daß den Landwirten noch verschiedenes abgehandelt werden soll. Ob sie es zulassen, nachdem sie die Zulagen des Gesetzes, die Befugnisse der Regierung und auch bis auf eine Ausnahme die Unterschriften der Regierungsparteien haben, ist fraglich. Jedenfalls will die Deutsche Volkspartei, nachdem sich die Industrie eingemischt hat und Herr Kästl die Aufsicht der Industrie nachdrücklich offenbart, nicht mehr ganz für die Agrarvorlage eintreten.

Es wäre verkehrt, angesichts solcher Unsicherheit die heutige Abstimmung voranzutreiben. Es wäre aber auch falsch, die Dinge zu übertrieben. Jedenfalls stehen wir vor der letzten Stunde, vor der Entscheidung, denn ein längeres Hinanschieben kann es nicht geben. Heute wird man wissen, wie sich die Krise löst. Sie fällt jetzt nicht nur der breiten Öffentlichkeit, sondern auch verständigen Abgeordneten schon auf die Nerven. Eines nur ist heute schon festzustellen: Herr Brüning hat den günstigsten Zeitpunkt, Courage zu zeigen, verpasst. Die Stimmung ist heute nicht mehr für ihn. Eine Auflösung heute, würde ihn ins Unrecht setzen und den Oppositionsparteien nicht mehr den Schaden bringen, den sie bei einer sofortigen Auflösung erwarten mußten.

Die heutige Reichstagsitzung.

Berlin, 12. Januar. (Funkdruck.) In der Sonnabend-Sitzung des Reichstages ist von den Regierungsparteien zum Gesetz über Zolländerungen der Antrag eingegangen, der bestimmt, daß die Deckungsvorlagen zugleich mit der Agrarvorlage in Kraft treten.

neuen kommunikativen Misstrauensantrag gegen das Kabinett Brüning

auf die Tagesordnung zu setzen. Diefem Antrag wird entsprochen.

Reichstangler Dr. Brüning

(mit lebhafter Bewegung und Hal-Nutzen empfangen): Meine Damen und Herren! Zwei Aufgaben sind von der heutigen Reichsregierung in ihrer Erklärung am 1. April

als vorrangig bezeichnet worden: Die Sanierung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden und die Durchführung von Notmaßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft, insbesondere in den schwerbedrängten westlichen Gebieten. Unter Führung der Reichsregierung haben die hinter der Regierung stehenden Parteien für die heutige Abstimmung in der 2. Lesung einen Antrag eingebracht, wonach das Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft nicht in Kraft treten kann ohne gleichzeitige Bewilligung der dem hohen Maße unzureichenden Deckungsvorschläge. (Hört! Hört!) Die Reichsregierung steht in dem Antrage die notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen, die gestellten Aufgaben zu lösen. Sämtliche Entscheidungen, vor denen das hohe Haus heute steht, bilden ein untrennbares Ganzes. Ohne Sanierung der Reichsfinanzen ist die unbedingt gebotenen Notmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht durchzuführen. Die Reichsregierung kann die Verantwortung nicht übernehmen, wenn nicht schon in der 2. Lesung entsprechende Sicherheiten geschaffen werden. Diesen Gedanken bringt der vorliegende neue Antrag zum Ausdruck. Wird er abgelehnt, oder wird nachher in den einzelnen Abstimmungen das Deckungsprogramm in seinen finanziellen Grundlagen geschnitten, so wird die Reichsregierung noch am heutigen Tage die notwendigen Entscheidungen herbeiführen. Verlangt das hohe Haus die Mittel, so wird die Reichsregierung das, was für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erforderlich ist, auf anderem Wege beschaffen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soj.) Nach 14tägiger Tätigkeit steht das Kabinett Brüning vor dem Bankrott. Nach dem langen Schwärmen trauen die Parteien und die Regierung sich gegenseitig nicht über den Weg. Darum kommt jetzt der Verbindungsantrag. Wir wünschen die sofortige Abstimmung über den Antrag, damit die Entscheidung nicht länger hinausgeschoben wird. Es besteht keine Veranlassung, dem Kabinett aus der Verlegenheiten zu helfen, die es sich selber geschaffen hat. Wir werden also das in dem Verbindungsantrag liegende Kammergesetz ablehnen. Wenn man das Agrarprogramm für lebensnotwendig hält, dann muß man es ohne jede Bedingung und ohne jede Bindung an Finanzvorlagen durchführen. Wird das Kammergesetz abgelehnt, woran wir angesichts der einschließlichen Haltung der Deutschnationalen nicht zweifeln, so werden wir nach der Reichstagsauflösung den Wahlkampf führen für die Erhaltung der Sozialpolitik gegen den agrarischen Uebermut, für die finanzielle Sanierung (lautes Geschrei bei den Regierungsparteien), für die demokratische Politik. (Beifall bei den SPD.)

Abg. Her (Zentrum): Wir sind durchaus damit einverstanden, daß sogleich über das Kammergesetz abgestimmt wird. Wir brauchen eine Reichstagsauflösung nicht zu scheuen. Es mußte selbst an, daß Dr. Breitscheid, der den Reichstangler Brüning vor der Anwendung des Artikels 48 gewarnt hat, jetzt Dr. Brüning einen Vorwurf daraus macht, daß er die Lösung auf parlamentarischem Wege versucht hat. Die Wählerchaft wird erkennen, wenn die eigentliche Schuld zulastet an der jetzigen Entwicklung der Dinge. Wir werden unter dem Namen Brüning in den Wahlkampf gehen. (Beifall.)

Abg. Zorger (SPD.) erklärt, das Kabinett Brüning sei nur die Fortsetzung des reaktionären Kabinetts Müller. Dieser Reichstag müsse sofort aufgelöst werden. Auf eine Anwendung des Artikels 48 würden die Kommunisten die entsprechende Antwort geben.

Abg. Roth-Weser (Dem.): Die Demokraten hätten den Wunsch gehabt, auch die SPD. zur Regierung heranzuziehen, weil sie eine stetige Regierung wollen. Wenn Dr. Breitscheid jetzt den übrigen Parteien die Schuld an der Entwicklung der Dinge zuschiebt, so müssen wir dagegen die schärfste Bewahrung einlegen.

Abg. Söder (NSDAP.) stellt in einer Erklärung fest, die Regierung unternehme jetzt im Auftrage der internationalen Hochfinanz den ernüchterten Versuch, durch unerträgliche Lasten in Form von Verbrauchssteuern dem Volksgeld zur Durchführung zu verhelfen. Die Partei des Herrn Dr. Brüning und die Christliche Nationale Bauernpartei hätten in historischer Stunde erneut materielle Erwägungen den nationalpolitischen Interessen vorangestellt. Seine Freunde lehnten die Steuererlässe geschlossen ab.

Inzwischen ist eine Entschließung der Regierungsparteien eingegangen, die einen Gesetzesentwurf über eine wirksame Hilfe für den Oden verlangt.

Abg. Gerst (Dnall.) mit lebhaften Zurufen empfangen, verweist auf die von den Regierungsparteien vorgelegte Entschließung über das Disprogramm und stellte fest, daß seine Partei heute morgen der Regierung vorgeschlagen habe, einem Misstrauensantrag zum Verweigerung zuzustimmen, wonach die Biersteuererhöhung am 1. August außer Kraft tritt, wenn bis dahin nicht die Hilfsaktion für den Oden mit einem Betrage von 200 Millionen sichergestellt ist. In seinem großen Bedauern habe die Reichsregierung dem Antrag Söder nicht zugestimmt. Eine Stellungnahme im Sinne dieser Forderung hätte von Bedeutung sein. (Sehrerheit und Zurufe.)

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erwidert namens der Reichsregierung, daß diese nicht in der Lage sei, diesem Antrag zuzustimmen. Wir können die Durchführung der Reformen nicht machen, so fährt der Minister fort, nicht davon abhängig machen, daß irgendein anderes Gesetz oder eine Maßnahme bis zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt wird. Wir können ebensowenig in diesem Augenblick auf Heller und Pfennig die Beträge nennen, die für die Hilfe zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Regierung hat sich klar und deutlich zur Odbilfe bekannt. Die Gesetze sind in Vorbereitung. Es werden alle verfügbaren Mittel flüssig gemacht werden, um diese Hilfe wirksam durchzuführen. Entweder hat man das Vertrauen zur Regierung, daß sie die ihr gestellten Aufgaben durchführt, dann bedarf es keiner besonderen Sicherung, oder man hat das Vertrauen nicht, da kann man das in der Abstimmung zum Ausdruck bringen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Döberich (Christl.-Nat. Bauernpartei) erklärt, seine Partei könne wegen der Not des Volkes und des deutschen Hungerzustandes den Agrargesetzen und den Deckungsvorlagen zustimmen. Sie sei sich bewußt, daß sie damit die nationale Ehre nicht verleiße.

Abg. Dr. Scholz (Dnp.) betont, daß niemand Verantwortung habe, an dem ernüchterten Willen der Regierungsparteien zu zweifeln, die Not des Odens mit allen verfügbaren Mitteln zu beheben.

Es folgt dann die

Abstimmung

über den Antrag der Regierungsparteien,

wonach Finanz- und Agrargesetze gleichzeitig in Kraft treten.

Von der Deutschnationalen Fraktion stimmten die meisten Mitglieder mit Ja, andere mit Nein oder mit blauen Karten, die Stimmhaltung bedeuten.

Das Ergebnis der Abstimmung ist die

Annahme des Antrages

mit 217 gegen 206 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung. Mit Plurafus der Kommunisten und mit Gelächter der Sozialdemokraten wird das Abstimmungsergebnis aufgenommen.

Präsident Söbe: Wir mühten nun mit der sachlichen Beratung der Vorlagen beginnen. Es wird aber vorgeschlagen, die Sitzung auf 10 Minuten zu unterbrechen, damit sich die Herren erholen. (Geisterl.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wendet sich Abg. Fuh (SPD.) gegen die Agrarvorlage, die nur den Großgrundbesitzern Vorteile bringe, aber die Klein- und Mittelbauern schädige.

Abg. Blenke (SPD.) wendet sich gegen die Warenhandwerker, die die Lebenshaltung der arbeitenden Massen verteuere.

Abg. Feine (SPD.) bekämpft die gestaffelte Umsatzsteuer. Das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die Ausführlungen darüber noch nicht beendet sind.

Abg. Schröder-Werfberg (SPD.) bezeichnet die Vorschläge der Regierungsparteien zur Arbeitslosenversicherung als einen Raubzug gegen die Erwerbslosen.

Es folgen die

Abstimmungen.

Die Fälle für Benzol und Benzol werden nach Abstimmung der sozialdemokratischen Änderungsanträge mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Nechten angenommen in der Fassung der Regierungsvorlage.

Bei der Ausgleichsteuer auf Mineralöle beantragen die Regierungsparteien die Wiederanhebung der im Ausschluß beschlossenen Befreiung des Petroleums von der Steuer. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 178 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Abstimmung über den Junctim-Antrag.

Berlin. (Funkdruck.) Nach dem amtlichen Abstimmungsergebnis ist der Antrag der Regierungsparteien über das Junctim zwischen Agrar- und Finanzgesetz mit 217 gegen 206 Stimmen bei Stimmhaltung des Abg. Wiener (Dnall.) angenommen worden.

Von der Deutschnationalen Fraktion stimmten 21 Abgeordnete für den Junctim-Antrag, 23 dagegen, ferner haben sich 6 Abgeordnete an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt.

Bei Schluß der Redaktion dauern die Verhandlungen noch an.